

Rede des Landesvorsitzenden der DKP Brandenburg Mario Berrios Miranda am 19.8.2012 auf der Kundgebung vor der geschändeten und zerstörten Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, Ziegenhals anlässlich des 68. Jahrestages der Ermordung Thälmanns

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitkämpfer

Heute wollen wir an Ernst Thälmann, seine Partei, seinen Kampf gegen Ausbeutung, Faschismus und Krieg erinnern. Aber vor allem wollen wir daran erinnern, dass von diesem Orte aus der organisierte Widerstand gegen den Hitler-Faschismus begann.

Der Name Thälmann ist verbunden mit dem Aufstieg der KPD zur Massenpartei sowie mit großen Massenaktionen in der Weimarer Republik. Früh machten Thälmann und die KPD auf die faschistische Gefahr aufmerksam. Antifaschistische Aktionen wurden durchgeführt, eine antifaschistische Massenorganisation gegründet.

Im Wahlkampf 1932 erklärte Thälmann vorausschauend: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler - wer Hitler wählt, wählt den Krieg".

Am 3. März 1933 fiel Thälmann den Faschisten in die Hände. Die Partei konnte ihn nicht schützen. Der von führenden Kreisen der NSDAP zunächst geplante Prozess wurde nie eröffnet, Thälmann blieb in Haft. Weltweit entstand eine Massenbewegung für die Freilassung Thälmanns und aller inhaftierten Antifaschisten.

Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann wurde in der Nacht vom 17. zum 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.

Hitlers Exekutionsbefehl erfolgte nach über 11jähriger Haft ohne Gerichtsverfahren und ohne Urteil. Der Mord an Ernst Thälmann war Teil eines Mordprogramms, das sich schon vor Hitlers Machtergreifung in Wort und Tat angekündigt hatte.

Ernst Thälmann gehört zu denen, die das staatsterroristische Konzept der Nazis frühzeitig erkannten und bekämpft haben.

Mit dem Mord an Thälmann und vielen anderen Kämpfern aus der Arbeiterbewegung wollte das Kapital angesichts der sich abzeichnenden Niederlage des Faschismus schon die Nachkriegsordnung vorbereiten. Die deutsche Arbeiterbewegung sollte enthauptet, eine sozialistische Antwort auf die Verbrechen des Faschismus unmöglich gemacht werden.

Das KPD-Verbot sorgte dafür, dass wenige Jahre nach dem Ende der faschistischen Herrschaft gestandene Antifaschisten, Überlebende der KZs und Zuchthäuser erneut wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt, in die Illegalität gedrängt und zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Das Ausmaß der darauf gestützten politischen Verfolgung in der BRD ist heute weitgehend aus dem Bewusstsein verdrängt. Tatsache ist jedoch, dass allein in den

Jahren 1960-1966 rund 57.000 staatsanwaltliche und gerichtliche Ermittlungsverfahren, bis zu 10.000 in einem einzigen Jahr, plus schätzungsweise 200.000 polizeiliche Ermittlungsverfahren durchgeführt wurden, von denen etwa eine halbe Million Menschen betroffen waren. Die Opfer waren nicht nur Mitglieder der KPD, sondern auch zahlreiche Menschen anderer politischer Richtungen. Tausende wurden Opfer der auf das KPD-Verbot gestützten Berufsverbote. Diesen Opfern von Klassenjustiz und staatlichen Repression in der BRD wird bis heute die Rehabilitierung und Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht vorenthalten.

Die geschichtlichen Leistungen Ernst Thälmanns, sein Wirken für Freiheit und Gerechtigkeit, für eine Welt ohne Krieg, Faschismus und Ausbeutung behalten ihre Gültigkeit auch im 21. Jahrhundert. Der physische Aderlass in der Arbeiterbewegung, der durch das Wüten der Nazis verursacht worden ist, macht sich bis auf den heutigen Tag bemerkbar.

Das seit Hitlers Machtantritt systematisch verschüttete, durch Bundesrepublik und Klassenjustiz gepflegte und durch die Annexion der DDR vertiefte Beseitigung des kollektiven Gedächtnisses der Arbeiterbewegung muss immer wieder neu belebt und verteidigt werden. Wer weiß denn heute noch, dass es vor allem Kommunisten und linke Sozialdemokraten waren, die Widerstand gegen den Faschismus geleistet haben und Massenhaft in Konzentrationslagern und anderen Hinrichtungsstätten des faschistischen Staates einen gewaltsamen Tod erlitten.

Bürgerliche Politiker, Historiker und Publizisten unterscheiden zwischen dem Widerstand bürgerlicher und militärischer Kreise und dem in der Arbeiterbewegung.

Warum?

Ein entscheidender Unterschied zwischen Ernst Thälmann und den Männern des 20. Juli - deren Ziele und Interessen im Detail sehr verschieden waren - bestand darin, dass der Kommunist den Imperialismus als Wurzel des Krieges erkannt und enthüllt und Hitler lange vor 1933 als Geschöpf deutscher Kriegsinteressenten und Revanchepolitiker bekämpft hatte.

Die KPD war die einzige deutsche Partei, die den Faschismus von Anfang an unversöhnlich und konsequent bekämpfte. Taktische Fehler ändern an dieser Tatsache nichts. Die KPD trug die Hauptlast des antifaschistischen Widerstandskampfes und brachte auch die größten Opfer. Wenn das in der DDR gewürdigt wurde, entsprach das den geschichtlichen Tatsachen, und es bedeutete nicht eine Herabsetzung des Widerstands anderer Gruppen.

Diese Tatsache wird im öffentlichen Bewusstsein seit Jahrzehnten unterdrückt, weil es nicht in die politische Landschaft passt, in der die antikommunistische Kreuzzeugmentalität der Hitlerzeit mit neuer Etikettierung überleben konnte.

Das Kapital und die Bourgeoisie national und international haben nicht aufgehört, gegen den Sozialismus zu kämpfen. Es ging und es geht immer noch darum, die sozialistische Überzeugung zu zersetzen und den Einfluss der sozialistischen Ideen in der Gesellschaft auf die Menschen und auf die Politik zu zerstören.

Wir müssen leider feststellen, dass die politischen Organisationen der Arbeiterklasse im politischen System des Kapitalismus heute zumeist nur eine marginale oder eine auf Klassenzusammenarbeit setzende Rolle spielen.

Ebenso müssen wir leider feststellen, dass sich kaum jemals zuvor die Ideologie der Herrschenden so weitgehend als herrschende Ideologie durchsetzen und Illusionen in den Köpfen der Menschen über die gesellschaftlichen Verhältnisse verbreiten konnte.

Die Bundesregierung und ihre Verdummungspolitik, angetrieben durch staatliche Maßnahmen und gleichgeschalteter Medienlandschaft, sorgen für die Ruhigstellung ganzer Bevölkerungsteile und Generationen. Oder wie ist es zu erklären, dass nun schon seit Jahrzehnten wieder Kriege geführt werden und es keiner mitkriegt? Dass die Verfassung permanent gebrochen und ausgehebelt wird und keiner sich regt?

Denn die Kriege führen ja andere. Auch wenn die Waffen von hier stammen und Bundesregierungen Öl ins Feuer kippen und Hufeisenpläne schmieden und für Freiheit und Demokratie auch mal ihre vermeintlich Schutzbefohlenen mit kollateralen Entschuldigungen zu Tode bomben. Da hilft auch nicht das jährliche schwarz malen des anderen deutschen Staates um über Unterdrückung und Ungerechtigkeit in der BRD hinwegzutäuschen.

Mit der Vermittlung des richtigen, verordneten Vergangenheitsbewußtseins sollen treue Staatsbürger herangezogen werden. Schlimm dabei, dass noch immer ostdeutsche Schüler die DDR positiver bewerten als ihre westdeutschen Altersgenossen. „Schuld“ sind die Gespräche mit den Eltern und Großeltern oder noch schlimmer eine eigene Meinung. Und so attestieren seit Jahren Studien und gleichgeschaltete Medien diesen Jugendlichen undemokratisches Sein. Wahrscheinlich resultiert daraus das stetig anwachsende Hirngespinnst in den Berichten des Verfassungsschutzes, der zur eigenen Legitimation und zur Liebkosung der selbst herangezüchteten Nazistrukturen, ein wachsendes Gewaltpotential linksgerichteter, demokratieunwilliger und gewaltbereiter Jugendlicher erfindet. Über 182 Menschen Opfer rechtsextremer oder rassistischer Gewalt, in geführten Todeslisten in denen auch zahlreiche Namen, unserer Genossinnen und Genossen erscheinen, sprechen eine klare Sprache. Und auf jeder ihrer Kundgebungen schreien Sie uns Ihre Morddrohungen ins Gesicht. Einzeltäter sehen anders aus. Es bleibt dabei Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Die Förderung der neofaschistischen NPD und ihrer Sympathisanten durch Regierungsbeamte entlarvt den Verfassungsschutz als Feind des Grundgesetzes der BRD.

Die Auswechslung der Spitze der Bundespolizei sowie des Verfassungsschutzpräsidenten werten wir als Vorbereitung zur „Terrorismus“-Bekämpfung im Innern und ist gegen alle fortschrittlichen, antifaschistischen Bewegungen.

Dies hat System. Das gehört zu den stetig zunehmenden Angriffen der politischen Rechten im Land gegen linke Kräfte, deren Politik und die Bewahrung der

Traditionen der Arbeiterbewegung.

Das Ziel kulturelle und politische Hegemonie durchzusetzen ist ihnen bisher nicht gelungen, trotz Verteufelung und Delegitimierung der Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung. Die Kriminalisierung und Gleichsetzung antifaschistischen Widerstandes mit faschistischer Unterdrückung ist unerträglich.

Damit wird der deutsche Faschismus gegenüber zahllosen Diktaturen, die es in der Menschheitsgeschichte und auch im 20. Jahrhundert in Europa gab, grob verharmlost. Seine Opfer und die, die Widerstand leisteten, werden verhöhnt.

Wir erklären unsere Solidarität mit allen Antifaschistinnen und Antifaschisten und fordern, die Bespitzelung und Bedrohung junger Antifaschistinnen und Antifaschisten im Land Brandenburg und überall sofort einzustellen. Aus dem aktuellen Verfassungsschutzskandal kann es nur eine Schlussfolgerung geben:

- Auflösung des Verfassungsschutzes
- Offenlegung der Unterstützung faschistischer Strukturen durch Verfassungsschutz und Polizei
- Offenlegung der Bespitzelung von Antifaschisten

Dieser seit 20 Jahren staatlich verordnete exklusive Antikommunismus in Form der Delegitimierung und Verunglimpfung der DDR hat nicht die gewünschte Wirkung gezeigt.

Wir erleben, wie in den Medien massenhaft Angst geschürt wird vor Terrorgefahr, die angeblich vom Islam ausgehe. Die Bevölkerung soll eingeschüchtert werden und den Maßnahmen zum Abbau von bürgerlichen Freiheiten gefügig folgen. Dazu gehört, jeden Widerstand gegen das imperialistische Regime zu diskreditieren, um einen Aufstand gegen die immer gravierenden Auswirkungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu verhindern.

Wenn der Antikommunismus den Vorwurf betreibt, in der DDR habe es "verordneten Antifaschismus" gegeben, möchte ich auch hier daran erinnern, dass Antifaschismus schon im Potsdamer Abkommen der Siegermächte verordnet wurde, und zwar für das ganze Deutschland und nicht nur für den Osten, und das mit Recht. Dass Antifaschismus selbstverständlich und gelebt wurde ehrt die Menschen der DDR.

Heute erleben wir einen verordneten Verfassungsbruch, verordnete Kriegstreiberei, verordneten Schutz von Neofaschisten durch Verfassungsschutz und Parlament. Deshalb jetzt erst recht und für immer: lieber ein verordneter Antifaschismus statt eines geduldeten Neofaschismus!

In dieser Situation „den Klassenkampf zu leugnen oder zu verschleiern ist die schlimmste Art der Heuchelei in der Politik, ist Spekulation mit der Unwissenheit und den Vorurteilen der am meisten zurückgebliebenen Volksschichten ...“ so Lenin

Spätestens mit der Niederlage des Sozialismus hat manch einer von uns Klassenkampf in seiner bittersten Form erleben müssen. Wir haben erlebt, wie sorgsam und spitzfindig er zuweilen ist, aber auch wie offen und verdeckt er geführt

wird.

Aber für uns heute gilt: Nach der Niederlage der sozialistischen Staaten in Europa ist der Kampf gegen die Kommunistischen Parteien generell und gegen verbliebene Träger des sozialistischen Gedankenguts zur Hauptachse des nationalen und internationalen Klassenkampfes von oben geworden.

Was kennzeichnet die Parteien, die „überlebt“ haben? Das Festhalten an der revolutionären Theorie von Marx, Engels, Lenin und an den internationalen Erfahrungen der KPs, am proletarischen Internationalismus.

Unsere Bewegung steht vor der Alternative: entweder sozialistische, marxistisch-leninistische begründete Klassenpolitik oder reformistisch-opportunistische Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse und damit des gesellschaftlichen Fortschritts, des Sozialismus für eine lange Zeit.

Das ist für uns ein wichtiger Maßstab für die Bewertung des Handelns jedes Einzelnen, für die Bewertung des Auftretens derjenigen, die Standpunkte formulieren.

Es geht darum, ob die Arbeiterbewegung ihre strategische Ausrichtung und ihr politisches Handeln auf die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die politische Macht der Arbeiterklasse ausrichtet. Es geht darum, ob die von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg befreite sozialistische Gesellschaft errichtet werden soll, oder ob wir uns mit der Reformierung des Kapitalismus begnügen und dessen Grundlagen unangetastet lassen.

Mit der voranschreitenden Aushöhlung der Demokratie geht auch der Verlust an gesellschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten einher. Die politischen Parteien des Systems dienen vorrangig als Apparate zur Machterhaltung der herrschenden Klasse. Bedauerlicherweise sehen auch einige Funktionäre der Partei DIE LINKE inzwischen ihre Rolle darin, als verlässlicher Partner anerkannt zu werden, anstatt sich souverän gegen diese Entwicklung zu stellen.

Links heißen, Sozialist oder Kommunist sein reicht nicht aus. Links wirken, als linker identifizierbar sein muss deutlicher als bisher nicht nur auf die Straße getragen werden, sondern auch in die Parlamente.

Genossinnen und Genossen,

es ist aber nicht zu übersehen, dass sich auch die politischen Folgen aus der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und die Abwälzung der ökonomischen und sozialen Folgen der Krise auf die Arbeiterklasse mehren und vertiefen. Dabei treten zwei Komplexe in den Mittelpunkt unseres Kampfes. Zum einen die Notwendigkeit, der Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten im Inneren. Und zum anderen der Kampf gegen die sich zunehmend offen zeigende Großmachtpolitik der BRD nach außen.

Leitstern und Garant für erfolgreichen Kampf war und bleibt der mit dem Kommunistischen Manifest ausgerufene Internationalismus.

Rosa Luxemburg sagte:

„Der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Lebensregeln der Arbeiterklasse in ihrem welthistorischen Befreiungskampfe. Es gibt keinen Sozialismus außerhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus außerhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.“

Aktionseinheit heute heißt, den Abwehrkampf mit und in den Gewerkschaften weiter zu entwickeln und zu führen. Unterschiedliche Auffassungen, Einschätzungen der politischen Situation dürfen nicht zur weiteren Spaltung der Arbeiterklasse führen.

Wir Kommunisten in Brandenburg sehen es als vorrangige Aufgabe an, die Aktionseinheit mit allen Kolleginnen und Kollegen, mit allen fortschrittlichen Kräfte, vor allen Dingen den sozialdemokratischen und linken, aber auch den parteilosen ohne Vorbehalte und Vorbedingungen weiter zu gestalten.

Diese Gedenkstätte ist unwiederbringlich zerstört worden. Doch die Rechnung ist dennoch nicht aufgegangen. Denn das Gedenken an Ernst Thälmann und seine Genossinnen und Genossen, die im antifaschistischen Widerstand vor, während und nach Hitler kämpften, passiert an jedem Ort an dem antifaschistischer Widerstand entsteht und zur politischen Tat wird, für eine Welt ohne Unterdrückung, Hunger und Krieg.

Genossinnen und Genossen,

unsere Lehre lautet Aktionseinheit gegen Faschisten jeglicher Couleur und Absage an jeden Antikommunismus.

Bündeln wir unsere Kräfte sowohl für die Bewahrung der Thälmann-Gedenkstätte im Andenken an die vielen Genossinnen und Genossen, die dem faschistischen Terror zum Opfer fielen und zur Stärkung unseres aktuellen politischen Kampfes.

Zur Aktionseinheit gibt es keine, aber auch keine Alternative. Aus der Geschichte zu lernen heißt NEIN zu Faschismus und Krieg. Dafür steht der Name Ernst Thälmann, dafür steht die DKP.